

„Es wiederholt sich alles“

Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi und Hans Zehetmair im Gespräch mit Uwe Schlicht.

Schlicht: Sind Sie zufrieden mit dem Stand der Bildungs- und Hochschulpolitik in Deutschland?

Von Dohnanyi: Nein.

Hamm-Brücher: Da ich seit 1946 die Entwicklung sehr genau miterlebt, teilweise versucht habe, sie mitzugestalten, muss ich sagen: Die Bildungs- und Hochschulpolitik beurteile ich als nicht sehr erfolgreich. Die Versäumnisse liegen nicht nur bei der Finanzierung. Es gab auch so enorme Verspätungen, dass wir immer wieder in große Schwierigkeiten gekommen sind. Nach der Wiedervereinigung gab es natürlich noch einmal eine Verlagerung der Finanzierungsschwerpunkte. Aber es war notwendig, erst einmal den neuen Ländern zu helfen.

Schlicht: Hätte man mutiger sein können nach 1945 mit der Bildungsreform, Herr Zehetmair?

Zehetmair: Die Länder hätten es sein können, denn die Kulturhoheit war das hohe Gut der Länder. Die Wege in den Ländern sind unterschiedlich verlaufen. Als Nachteil habe ich es auch noch in meiner Zeit als Kultusminister empfunden, dass die Bildung stärker ideologisch belastet war als jedes andere Thema. Das habe ich deswegen besonders bedauert, weil wir uns in vielen Bereichen parteipolitischen Streit leisten können und sollen. In der Bildung aber ist das uns anvertraute Gut, die Kinder, das höchste, das es gibt. Aus dieser Verantwortung heraus habe ich 17 Jahre Bildungspolitik gemacht, getragen von der Überzeugung, dass ich fordern muss, wenn ich fördere. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. Es ist ohne Zweifel zu früh, in Deutschland vor dem Hintergrund der leidvollen Geschichte in die falsche Richtung zu gehen, indem man meint, den Föderalismus durch Gleichschaltung einzuschränken und damit tue man den Menschen etwas Gutes.

Hamm-Brücher: Im Prinzip bin ich mit Herrn Zehetmair einer Meinung, aber ich habe die Bemühungen miterlebt, als das blaue Gutachten über die Zukunft der deutschen Hochschulen in der Nachkriegszeit veröffentlicht wurde und auch die Amerikaner und die Briten die Hochschulreform ein wenig nach ihrer Regie gestalten wollten – das waren in weiten Bereichen Fehlentscheidungen. In den deutschen Universitäten wurde keine wirkliche Aufarbeitung der Nazizeit geleistet. Selbst heute haben wir nach 50 Jahren

immer wieder Schwierigkeiten, überhaupt an die Wurzeln der Zeit nach Hitler vorzustößen und die Versäumnisse zu verstehen, die seit jenen Jahren angelegt sind. Verschiedene Reformbemühungen, vor allem Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, waren ja sehr vernünftig, sind aber wieder versandet.

Schlicht: Muss das eigentlich sein, dass Bildungspolitik so ideologisch belastet ist?

Zehetmair: Zur Verdeutlichung ein Vergleich: Die Wirtschaftspolitik hat nicht so viele Chancen wie die Bildung, erfolgreich der Ideologie zu frönen. Und die Wirtschaft kann auch in privater Verantwortung vieles machen – Richtiges und Falsches. Bildungspolitik dagegen ist in allen Verfassungen als ein Auftrag der öffentlichen Hand verankert. Diesen Auftrag nehmen die Länder, in bestimmten Gebieten wie der Forschung auch der Bund, wahr. Dass daraus auch ein Bemühen folgt, einen demokratischen Weg zu finden, ist Auftrag der Politiker. Ich war in den 1950er und 1960er Jahren Schüler und Student. Ich habe mich damals an der Uni sehr wohl gefühlt. Im Vergleich mit heute muss ich sagen: Wir konnten noch ein Studium Universale absolvieren.

Schlicht: Das stimmt.

Hamm-Brücher: Ja.

Zehetmair: Um den Rückblick fortzusetzen: Zu meinen Glücksstunden gehörte, dass ich nach dem Fall der Mauer 1989 als amtierender Minister mehreren Ländern – Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere Thüringen – unaufdringlich beim Aufbau des Bildungswesens helfen durfte. Und ich lege Wert darauf: Ich wollte die neuen Länder nicht vereinnahmen, sondern ihnen mit Angeboten helfen.

Hamm-Brücher: Die Ideologie ist ein heftiger Virus in der ganzen Bildungspolitik, und zwar schon in der Weimarer Republik, als die Progressiven, die Liberalen und die Sozialdemokraten eine längere Schulzeit für alle Kinder forderten, keine Trennung schon nach dem vierten Schuljahr wünschten, mehr Förderung für Kinder in ausbildungsfernen Familien verlangten. Das ist alles in der so genannten „Reichs-Schulkonferenz“ Anfang der 1020er Jahre angelegt gewesen. Der Streit um diese Fragen ist nach 1945 wieder voll entbrannt. Ich war eine junge Landtagsabgeordnete, als man in Bayern das ganze Grundschulwesen in Konfessionsschulen zerschlug. Am Schluss hatten wir 8.000 einklassige Volksschulen, einen minimalen Übergang an weiterführende Schulen, fast keine Mädchen unter den Abiturienten und wir hatten ein ungeheures Defizit an weiterführenden Schulen. Das Land Bayern sorgte nur für die Jungenschulen, die höheren Mädchenschulen waren ausschließlich den Kommunen und den Kirchen überlassen. Das waren alles Defizite, die sich durch die Jahrzehnte in furchtbaren

ideologischen Kämpfen, in denen ich fast zermürbt worden bin, niederschlug. Fast alles musste schrittweise mit Millimeterfortschritten erkämpft werden. Die Jahre, die Herrn Zehetmair geprägt haben, waren eigentlich die erste Zeit, die ein wenig Verständigung brachte.

Zehetmair: Wir betonen: ein wenig!

Hamm-Brücher: Natürlich. Sie waren ja auch gebunden an Ihre Ideologie. Das ist doch klar.

Schlicht: **Springen wir von der frühen Nachkriegsgeschichte in die 1960er Jahre und danach. Ich sehe Wellenbewegungen von einer Phase der Spitzenbewertung der Bildung während der Regierungszeit Brandt/Scheel in den Absturz einer nachrangigen Bedeutung, zum Bildungsgipfels 2008 schien wieder ein positiver Höhepunkt erreicht zu sein.**

Von Dohnanyi: Ich glaube nicht, dass wir diese Wechselstimmungen wirklich haben; vielleicht mit Ausnahme der 1960er und 1970er Jahre. Bildung und Wissenschaft sind verbal politisch stets aktuell, aber in der Praxis dominieren die Themen, die kurzfristig wirksam sind; das sind Bildung und Wissenschaft naturgemäß nicht.

Zehetmair: Ich glaube nicht, dass jeweils die verantwortliche Generation der Politikerinnen und Politiker diese Periode nur als Wellengang empfunden hat. Die verantwortlichen Politiker haben die Windrichtung unterschiedlich empfunden. Es gibt keinen Politiker, der nicht meinte, so unterstelle ich es jedenfalls, dass er das Beste will. Aber objektiv, unter dem Blickpunkt der Geschichte betrachtet, ist es leider wahr, dass unterschiedliche Qualitäten herausgekommen sind – auch zwischen den Ländern. Um in die Gegenwart zu springen und die schwierige Zeit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 und 2010 in den Blick zu nehmen: Unsere Aufmerksamkeit sollte darauf gerichtet sein, dass zwischen Worten und Taten eine gewisse Symmetrie erreicht wird. Gewiss sind Finanzprobleme da, die waren immer da und immer haben wir zu viel ausgegeben und den Menschen zu viel Geld abgenommen. Der Heißhunger war bei allen zu beobachten, die an der Regierung waren. Man meinte es gut, aber man hätte es noch besser gemeint, wenn man den Leuten nicht so viel Geld weggenommen hätte. Ergo sage ich: Man hätte die Bildung nicht zum Nullolobus anbieten, sondern für auch für eine Gegenleistung eintreten sollen. Bei der bevorstehenden Auswertung des Bildungsgipfels von 2008 muss man von den Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin einfordern, dass sie nicht immer die Finanzminister siegen lassen. Vielmehr sollte die Bildungspolitik, die als Megaaufgabe bezeichnet wird, dann auch entsprechend behandelt werden. Die wetterwendische Zeit von heute zeigt uns, wie schnell die Moneten abstürzen

können, auch bei den Reichen. Diese Erfahrung sollte uns eigentlich ermuntern zu sagen, nur das, was als Mitgift über die Bildung den Menschen gegeben wird, das überdauert die Wirrnisse der Zeit.

Hamm-Brücher: Ich habe den ersten großen Aufbruch miterlebt, der als Folge von Georg Pichts Buch über die deutsche Bildungskatastrophe im Jahr 1964 verheißungsvoll anfang. Ich erinnere mich noch an eine Kultusministerkonferenz, in der alles, was damals angelegt war, von Ganztagschulen, Vorschulerziehung, bis zur Bildungsförderung für Mädchen, wieder versandete. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt proklamierte in seiner Regierungserklärung die Forderung „mehr Demokratie wagen“. Dies galt insbesondere für den Bildungsbereich. Nach drei oder vier Jahren versickerte dieses Engagement, was ich ihm persönlich – politisch vor allem – sehr übel genommen habe. Darum bin ich jetzt auch wieder skeptisch, ob nach dem ernst gemeinten Bildungsgipfel der Kanzlerin und den Vereinbarungen vom Oktober 2008 in Dresden erneut vieles zerpfückt wird, weil schon wieder die Bremser an der Arbeit sind. Kann man erwarten, dass wir uns bei dieser totalen Finanzkatastrophe, in der wir für Banken, für Industrien und Firmen Milliarden und Milliarden aus dem Ärmel schütteln müssen, auch noch die 18 Milliarden für die Hochschulen leisten können? Ich prognostiziere, dass das nicht gelingen wird, weil der Finanzminister langsam keine Druckerpresse mehr hat für das viele Geld.

Schlicht: Ich will Ihnen Beispiele für den Zickzackkurs in der Bildungspolitik nennen: hohe Priorität für die Bildung nach Pichts Buch, dann der Ölpreisschock von 1973 und der Pillenknick, die Angst vor einer Akademikerschwemme, Untertunnelung des Studentenbergs, Massen-Unis. Heute der Umschwung mit dem Hochschulpakt, dem Forschungspakt und dem Elitewettbewerb. Bildung sei entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Von Dohnanyi: Ich habe diesen Stimmungswechsel so nicht erlebt. Das Thema „Akademikerschwemme“ durchsetzte ja schon die Debatte der 1960er und frühen 1970er Jahre.

Hamm-Brücher: In den 1960er Jahren war es ja auch schon die OECD, die mit dem OECD-Länderexamen eingegriffen hat. Das war genauso wie vor den Pisa-Tests von 2002. Es wiederholt sich alles. Wir haben in unserem Staat, auch in Zeiten der erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, immer den Sozialstaat vorgezogen und nicht etwa den Bildungsstaat. Das ist die Gesamtmisere, in der wir stecken. In diese Misere drohen wir jetzt noch einmal tiefer hinein zu rutschen, als wir uns das je vorgestellt haben. Diese immer wiederkehrenden Hauptargumente – wir haben zu

viele Akademiker, wir bilden zu viele Akademiker aus, wir haben zu viele Abiturienten – sind mir über Jahrzehnte um die Ohren geschlagen worden. Wenn ich dann den Kritiker fragte: „Haben Sie Kinder?“, und er bejahte es, fragte ich weiter: „Und was machen sie?“. „Sie studieren und ich bin sehr stolz darauf“. Diese Mentalität hat sich nicht geändert. Zwar ist inzwischen ein bisschen aufgeklärt worden, aber viel zu wenig.

Schlicht: Herr Zehetmair, ist der zögerliche Mentalitätswandel die Ursache für den Zickzackkurs?

Zehetmair: Ein gewisser Mentalitätswandel ist heute feststellbar. Aber der Vollzug ist immer noch schwer. Um noch einmal einzublenden, was Frau Hamm-Brücher gesagt hat: Wir hatten auch da ideologische Gräben. Die einen setzten auf nachberufliche Bildung und Qualifizierung und sagten, wir haben viel zu viele Weißkittel, zu wenige Blaukittel. Die anderen haben den Eindruck vermittelt, als würden sie für alles das Abitur und das Hochschulstudium fordern. Sie haben damit übertrieben: Denken Sie nur an den ganzen Bereich der medizinischen Dienste, Schwesternausbildung etc. Einen Weg der Mitte zu finden, ist für die Deutschen immer schon schwierig gewesen. Andererseits sollten wir uns jetzt nicht verstecken, als wären die anderen alle gut, sondern wir müssen auch sehen, dass wir über die Jahrzehnte in Forschung und Wissenschaft immer an der Spitze bestehen konnten, nur nicht in der Lehre. Und da ist das von Ihnen angesprochene Dilemma ganz eindeutig der Fehler der Politik. Als es uns finanzpolitisch gut ging und wir Geld hatten, haben wir keine angemessene Personalausstattung ermöglicht, die man sich hätte leisten können, um eine Stabilität in der Studentenbetreuung zu gewährleisten. Wir reden alle vom Antizyklus, aber in der Personal- und der Sachpolitik ist gerade in wirtschaftlich guten Zeiten am wenigsten erreicht worden. Eigentlich hinken wir immer wieder hinterher. Diese Schwierigkeit ist kein rein deutsches Phänomen; sie ist ein weltweites Phänomen. Unsere Aufgabe als ehemalige Bildungspolitiker ist es, immer wieder die unangenehmen Mahner zu sein, selbst wenn wir manchmal auch Mahner in der Wüste sind.

Schlicht: Die Regierung Brandt/Scheel wollte „Mehr Demokratie wagen“ und alle Bildungsreserven ausschöpfen. Ist diese Politik auch aus ideologischen Gründen gescheitert?

Hamm-Brücher: Nein, sie ist versandet. Sie ist sozusagen – wie immer in der Politik, wenn es nicht mehr klappt – den so genannten Sachzwängen erlegen. Denn wir haben uns ja auch weiter entwickelt und haben mit minimalen Maßnahmen den großen Studentenberg zu bewältigen versucht, der in den 1980er Jahren zum Problem wurde und

jetzt auch wieder zu erwarten ist. In Wirklichkeit handelte es sich um den Versuch, den Studentenberg zu untertunneln. Da versuchte man einfach zu überbrücken, weil man nachher nicht leere Hochschulen haben wollte und auch keine Professoren, die kaum mehr zu lehren hatten. Diese Sollbruchstelle ist keine offizielle Absage an die Bildungsexpansion gewesen. Sie ist einfach versandet und nicht mehr interessant gewesen. Dann kam die Umweltpolitik als großes Thema, dann kamen der Nato-Doppelbeschluss und die Friedenspolitik und darüber ist es alles verblasst, was wir damals an wirklich vernünftigen Vorhaben konzipiert hatten. Also die Idee, Herr Zehetmair, dass man an den Universitäten nicht unbedingt sieben Jahre studieren muss, sondern dass man ein gestuftes Studium und auch ein Hochschulsystem braucht, um die große Menge der Studierenden nach drei, höchstens vier Jahren zu einem berufsbefähigenden Abschluss zu führen, das haben wir damals auch schon gesagt. Auch diese dringende Reform ist für lange Zeit versandet.

Schlicht: Beschwörungen sind häufig Ausflüchte. Wird Humboldts Idee der Bildung durch Wissenschaft heute nicht erneut gegen die Bachelor- und Masterausbildung von den Kritikern ins Feld geführt?

Hamm-Brücher: Immer wieder wurde der Bildungsauftrag von Humboldt, den es sowieso schon nicht mehr gab, beschworen. Dadurch, dass wir das Hochschulsystem nicht rechtzeitig in vernünftige Studiengänge und Abschlüsse geordnet haben, sind wir jetzt wieder vor der gleichen Situation und quälen uns mit Master- und Bachelorabschlüssen herum, ohne dass diese wirklich von den Universitäten akzeptiert werden. Das finde ich sehr bedauerlich, denn in der ganzen Welt gibt es das nicht, dass 20 bis 36 Prozent eines Jahrganges sieben Jahre studieren müssen. Das ist einfach eine Zeitvergeudung und auch sinnlos für die jungen Menschen, weil es falsche Hoffnungen weckt. Also, die Idee einer Gesamthochschule, in der ein Grundstudium berufsqualifizierend abgeschlossen wird, ist die dringende Notwendigkeit und danach sollen Aufbaustudien für diejenigen folgen, die sich dazu eignen. Spätere Fortsetzungsstudien in der Berufsausübung gehören dazu. Diese Dreigliederung muss ganz konsequent organisiert werden, sonst erreichen wir die nächsten Bildungsgipfel wieder nicht.

Schlicht: Herr Zehetmair, hatte die Union Angst vor einer sozialdemokratischen Bildungsreform für die Massen?

Zehetmair Ich nenne einmal das Beispiel Bayern. Wir haben hier wesentlich mehr für die Bildungsexpansion getan, als viele meinen. Über die Zielsetzungen konnte man streiten. Wir haben auch immer dann auf Leistung gesetzt, als es gar nicht mehr en vogue war.

Jetzt, da sich Gott sei Dank alle dem Konsens nähern, können wir sogar das Wort „Elite“ wieder in den Mund nehmen. Wir hatten doch Zeiten, wo das sündhaft war, von Elite zu reden. Ich kann Ihnen sagen, kürzlich habe ich noch gelesen, dass die nordrhein-westfälische Schulministerin eine Order ausgegeben hat, es solle niemand durchfallen. Das ist ein pädagogisch erstrebenswertes Ziel, aber eine Anordnung vom Ministerium lässt tief blicken, wenn man das nur tut, um die Statistik zu beschönigen.

Wir müssen jetzt fordern, dass bei diesen Engpässen in der Finanzpolitik nicht wieder in erster Linie bei diesen „weichen Faktoren“ wie Bildung und Wissenschaft gekürzt wird, wenn man sie überhaupt als „weiche Faktoren“ bezeichnen darf. Schließlich sind Bildung und Wissen eigentlich die ersten Faktoren, die jeder mitbringen muss, um im Leben bestehen zu können.

Schlicht: Herr von Dohnanyi: Stichworte „Demokratie wagen“ und „Ausschöpfung aller Bildungsreserven“ ...

Von Dohnanyi: Diese politischen Ansätze sind auch unter Helmut Schmidt im Wesentlichen fortgeführt worden. Aber die Debatten der 1960er und 1970er Jahre waren insgesamt sehr euphorisch, oft wenig realitätsbezogen. Das begann mit einer Überforderung des Staates in Fragen der Lehrerbesoldung und endete mit der Forderung einer faktischen Abschaffung aller Zwischenprüfungen. In diesem Zusammenhang muss man eingestehen, dass der konservative Süden der Republik Recht behalten hat. Das Ende der Euphorie kam weniger aus der Politik als aus der Realität.

Schlicht: Wir schleppen uns seit Jahrzehnten mit der großen Frage herum, wie wir Bildungsreserven mobilisieren können, vor allem aus der Unterschicht. In den sechziger Jahren war das berühmte katholische Arbeitermädchen aus der Dorfschule die Zielgruppe für die Bildungsexpansion. Heutzutage sind es die Kinder von Migranten und aus der deutschen Unterschicht. Jene über 20 Prozent, die wegen ihrer niedrigen Kompetenzen als Risikogruppe bezeichnet werden. Haben Sie eine Idee, wie man Jugendliche aus der so genannten Unterschicht fürs Studium gewinnen kann?

Von Dohnanyi: Es gelingt dort besser, wo die Kinder schon länger – bis mindestens in das sechste Schuljahr – gemeinsam zur Schule gehen. Es ist dort besonders schwer, wo Elternhäuser in Migrantenfamilien selbst eine Sperre darstellen. Hier hätte man viel früher neben eingehender Überzeugungsarbeit auch Zwänge einsetzen müssen.

Hamm-Brücher: Unsere Schule ist nicht darauf angelegt, Kinder zu fördern, die von zu Hause aus keine Förderung erhalten. Ich spreche von Elternhäusern, in denen es nicht

einmal einen Arbeitsplatz für Hausaufgaben gibt, Elternhäuser ohne Bücher, mit keiner Ruhe, mit keinen Gesprächen der Eltern mit ihren Kindern, mit keinen Anregungen. Dort kann Schule nicht alles nachholen und aufholen. Deshalb müssen wir in der Schule zusätzliche Förderung bieten. Für diese Aufgaben ist unser Schulsystem mit den Grundsätzen des Abfragens des Lernstoffes, des Aussortierens nicht das richtige. Man muss den Kindern bis in die Pubertät ein offenes Schulsystem anbieten, dann fangen sie an, selbstverantwortlich zu sein für ihren Bildungsweg. Vorher muss man ihnen helfen, wie sie überhaupt zur Selbstverantwortlichkeit kommen. Ich bin nie eine fanatische Anhängerin der Gesamtschule gewesen. Aber weil die Auslese in der Schule einfach nicht berücksichtigt, dass ein großer Teil der Kinder aus Familien kommt, die bildungsfern sind, brauchen wir eine zusätzliche Unterstützung durch gut geführte Ganztagschulen.

Zehetmair: Da bin ich anderer Meinung. Ich bin nach wie vor überzeugter Anhänger des dreigliedrigen Schulsystems ...

Hamm-Brücher: Ideologie ...

Zehetmair: Kein Schulsystem in irgendeinem Land der Bundesrepublik Deutschland ist so schlecht, dass es für die Entwicklungen als System hinderlich wäre. Die gesellschaftliche Umgebung der Schulen ist unterschiedlich. Fast nirgends sieht man klar genug, dass die Sprache der Schlüssel zur Integration ist. Als ich in meiner Ministerzeit Ende der 1980er Jahre so etwas angemahnt hatte, habe ich nicht viel Resonanz bekommen. Als ich nach meiner Ministerzeit in der Enquetekommission des Deutschen Bundestags zur Kultur in Deutschland mitwirkte, haben wir einstimmige Beschlüsse von der FDP bis zu den Linken zu dem Thema bekommen, dass die Sprache die Voraussetzung für Bildung ist. Es gibt einen Beschluss der Kultusministerkonferenz, der den Ländern als Priorität aufgibt, die Emigrantenkinder zu integrieren. Es ist immer ein Problem, wenn die Elternhäuser dafür nichts mitbringen. Wenn ein Türkenkind zu Hause nicht deutsch sprechen darf, wenn es keinen deutschen Freunden begegnen darf, dann fängt der Lehrer jeden Tag in der Schule wieder von vorne an mit dem Curriculum. Die Folge: Bildung stagniert.

Hamm-Brücher: Aber Herr Zehetmair, das ist doch völlig unbestritten. Wir haben schon im Bildungsgesamtplan und vom Deutschen Bildungsrat Anfang der 1970er Jahre die Ganztagschule in den Vordergrund gerückt. Es gab sogar eine Übereinstimmung, dass an Ganztagschulen eine Überwindung der versäumten Fördermöglichkeiten geboten werden sollte. Darauf folgte wie der Teufel der Kampf gegen die Ganztagschulen. Ganztagschulen würden die Familie entfremden, die ja gar nicht mehr stattfand vor dem Abend. Familien wurden mit dieser ideologischen Phrase hochgelobt. Jetzt auf einmal sind Ganztagschulen gefragt. Aber jetzt ist es schon fast zu spät. Ich würde mir

wünschen, wir hätten in jedem Einzugsbereich mindestens ein Angebot an Ganztagschulen. Das ist die Voraussetzung. Versäumnisse und Verspätungen sind nicht mit lauter Entschuldigungen aufzuholen, sondern nur mit Energie und Tatkraft.

Zehetmair: Nur den Satz dazu. Das unterscheidet uns auch als Partei. Wir haben der Familie einen höheren Stellenwert gegeben als der Schule. Wir haben immer gesagt, dass der Staat über die Schule der Familie nicht die Kinder wegnehmen darf, soweit die Familie in der Lage ist, die Kinder zu erziehen. Das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich geändert. Wir mussten dem Rechnung tragen. Der ideale Weg ist die Ganztagschule gleichwohl nicht, aber ein notwendiger Weg. Denn wir haben zu viele Jugendliche, die nicht einmal mehr „Schlüsselkinder“ sind.

Schlicht: Ich möchte noch einmal zur Ideologie zurückkehren. In der Ära Brandt/Scheel stand die Bildungsreform unter dem Stichwort: „Gesamt“. Gemeint waren Gesamthochschulen, Gesamtschulen. Bildungsgesamtplan. War das richtig?

Hamm-Brücher: Das war ein unglücklicher Begriff mit dem „Gesamt“. Das war sozialistisch.

Von Dohnanyi: Das war vielleicht nicht richtig. Aber das war weniger bedeutsam als die strukturelle Überforderung des Systems. Ich war immer für Gesamtschulen mit höchstens 600 Jugendlichen (5.-10. Schuljahr, jeweils maximal vier Züge á 25 Schüler). Aber man hat ja Gesamtschulen mit über 3.000 Schülern geschaffen! Die Euphorie war eben oft schädlicher als die Gegner.

Schlicht: War es ein Fehler, den Schul- und Hochschulkampf um „Gesamt“ zwischen SPD auf der einen und CDU/CSU auf der anderen Seite über Jahrzehnte hinaus auszufechten?

Zehetmair: Ich habe genug Abgeklärtheit, um zu sagen, es war ein Fehler der Union, dies wie ein Teufelswerk zu fürchten. Und es war ein Fehler der Linken, dass sie „Gesamt“ als ideologische Botschaft betrachtet haben. Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen das kein Reizwort wäre. Mir ist der Begriff relativ zweitrangig. Wichtig ist, dass man weiß, dass „Gesamt“ nicht eine Gleichschaltung bedeuten kann, sondern miteinander bedeuten soll. Darum ist man auch im Nordrhein-Westfalen, wo eine Spitzenneigung zu Gesamthochschulen bestanden hatte, zur Universität zurückgekehrt.

Hamm-Brücher: In den Stuttgarter Leitlinien der FDP aus den siebziger Jahren können Sie das alles nachlesen. Die Leitlinien rücken von dem Begriff „Gesamt“ und Gesamtschule ab. Die FDP forderte die offene Schule – das ist auch nicht optimal, aber viel besser. Das heißt eine Schule, in der Bildungswege nie in Sackgassen führen. Die

Entwicklung eines jungen Menschen, eines Kindes, ist ja so unterschiedlich, dass man im Alter von zehn Jahren überhaupt nicht entscheiden kann, wohin das führen wird. Ich kann mir heute überhaupt nicht mehr Rechenschaft ablegen, warum es eigentlich nicht gelungen ist, ein vernünftiges, realistisches, offenes und demokratisches Schulsystem einschließlich der Vorschule parteiübergreifend zu etablieren. Ich habe das in meinem Resümee über 60 Jahre Grundgesetz, bei allem Jubel, auch gesagt. Auch bei der Gesamthochschule ist mir der Begriff der offenen Hochschule lieber, die zwar klare Vorgaben macht, welche Abschlüsse es geben soll, die aber auch durchlässig ist. Fachhochschulen sind natürlich die unterste Stufe einer Gesamthochschule. Das ist keine Abwertung, wenn man Fachhochschulen als die Eingangsstufe für alle möglichen anderen akademischen Aufstiegsmöglichkeiten betrachtet.

Schlicht: Kommen wir zu einem anderen Thema. Welche Rolle soll die Wirtschaft in der Bildung spielen? Wir haben ja vorbildliche Kooperationen in Bayern und Baden-Württemberg zwischen Wirtschaft und Hochschulen. Andere Länder wie Berlin haben sich da jahrelang schwer getan.

Zehetmair: Heute noch.

Schlicht: In Berlin wurde erst vor 20 Jahren entdeckt, dass die Hochschulen mit der Wirtschaft viel intensiver zusammenarbeiten müssen. Seitdem gibt es Technologieparks wie Adlershof und Buch in Berlin. War dieser Streit auch ideologisch belastet?

Zehetmair: Es gab ideologische Feindbilder gegenüber der Wirtschaft. Und es ist nicht gesehen worden, dass wir ohne Wirtschaft und finanzielle Möglichkeiten auch keine guten Bildungsangebote machen können. Natürlich muss die Wirtschaft eingebunden sein, aber die erste Verantwortung liegt beim Staat, bei der Förderung für das Kind. Denn die Wirtschaft ist sehr sprunghaft in ihren Forderungen nach aktuellen Veränderungen. In einer Zeit des lebenslangen Lernens, in der so vieles sich ändert im Laufe eines Berufslebens, ist es ganz wichtig, dass die Bildungspolitik sich immer wieder fragt, welches Grundwissen und welche Bildung braucht man, um das Kind zu jungen Erwachsenen zu formen. Und dann erklärt die Deutsche Bank, wir brauchen aber kein Deutsch mehr, wir in der Deutschen Bank müssen Englisch reden. Das kann nicht unser Bildungsauftrag sein. Ich bejahe es, wenn Hochschulen und Regionen zusammen mit der Wirtschaft Forschungscluster bilden. Aber ich lasse mir nicht von der Wirtschaft vorschreiben, was sie jeweils gerade nach ihrem Bedarf fordern, weil ich auch nicht wage, der Wirtschaft vorzuschreiben, was sie zu tun hat.

Hamm-Brücher: Und jetzt ruiniert die Wirtschaft unser ganzes System.

Zehetmair: Wir müssen in Respekt und Partnerschaft zusammenarbeiten.

Schlicht: Zu dem Thema Wirtschaft gehört auch folgende Frage: Ist es der Öffentlichkeit eigentlich zu vermitteln, dass es bis heute keine Entscheidung über die Einführung eines dritten Stipendiensystems in Deutschland gibt? Ein drittes Stipendiensystem neben Bafög und der Hochbegabtenförderung der Stiftungen. Das dritte Stipendienprogramm soll den Studenten den Zwang zum Jobben nehmen. Gemeinsam sollen Staat und Wirtschaft diese Stipendien auflagen – das hat Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) vorgeschlagen. Für diese Lösung gibt es zurzeit keine Mehrheit. Wie ist das zu verstehen?

Von Dohnanyi: Ich halte ein solches „drittes“ System nur für verantwortbar, wenn es ausschließlich auf Leistung, also auf exzellenten Schul- und Studienerfolgen gründet. Sonst wird der billige Anspruch uferlos. Bildung ist eben auch Verantwortung.

Hamm-Brücher: Ich habe nie verstanden, warum ich für meine studierenden Kinder keine Studiengebühren bezahlen musste. Ich habe auch nicht kapiert, warum ich für den Schulbus meiner Kinder nichts zahlen sollte. Wir haben es dringend nötig, dass wir Stipendien für die Kostenerleichterung bei den Studiengebühren und gewiss auch Hilfen für die Schulen aus dem wohlhabenden Teil unserer Gesellschaft bekommen. Aber ein Stipendiensystem sollte gestuft sein und ungefähr einem Drittel bis 40 Prozent der jungen Menschen Hilfe geben. Das Jobben wird nie ganz aufhören, das haben wir in meiner Generation auch gemacht, als wir noch hohe Studiengebühren und die Vorlesungsgebühren bis in die 1960er Jahre zahlen mussten. Neue Stipendien sollten überwiegend aus privaten Mitteln aufgebracht werden und da sollten unsere Herren von den Banken sich einmal überlegen, ob das nicht eine sehr solide Form wäre, ihre in guten Zeiten erzielten Überschüsse anzulegen.

Zehetmair: Weil ich aus einfachen Verhältnissen stamme, habe ich in meiner Zeit als Minister deswegen die Studiengebühren nicht eingeführt, weil ich vor allem gegen das Odium kämpfen wollte, dass ein Jugendlicher aufgrund der finanziellen Verhältnisse im Elternhaus nicht studieren kann. Was Sie als Kernpunkt nennen, wäre genau der Kern der Antwort. Wir haben kein kompatibles System zwischen der Zahlung von Studiengebühren und der Gewährung von Stipendien. Dass dabei die Wirtschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts macht, weiß ich. Immer wieder höre ich von Managern das Argument: Wir zahlen eh schon zu viel Steuern. Und wenn man denen sagt, dass der Global Player bei der Fusionierung der HypoVereinsbank keine Steuern bezahlt hat, sondern dass es viel schlimmer war, das will man dann nicht hören. Ich nenne positive Ansätze an

Fachhochschulen in Ingolstadt und in Würzburg, wo Firmen Studierenden Verträge mit 800 Euro im Monat wie einem Lehrling im dritten Jahr anbieten mit der Auflage, dass die so Begünstigten nach dem Examen bei ihnen ihre Beschäftigung aufnehmen. Das halte ich für legitim. Das habe ich dem ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber immer gesagt: Wir wollen Studiengebühren, aber ich will sie erst dann, wenn wir ein kompatibles Stipendiensystem geschaffen haben, das den jungen Leuten gegenüber gerecht ist. Wenn alle sagen, das sei ein Megathema, dann gibt es auch eine Verantwortung für alle in unserer Gesellschaft, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Schlicht: Ich komme zu einem weiteren aktuellen Problem. Seit dem Jahr 2007 haben die Kultusminister beschlossen, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, die so verschrieene ZVS, in eine Serviceagentur umzuwandeln. Seitdem streiten sich die Hochschulen, die ZVS und die Politiker um ein neues Zulassungsverfahren, obwohl der Studentenberg unmittelbar bevorsteht und jedes Zögern gefährlich werden kann. Das neue computerkompatible Zulassungsverfahren soll erst im Wintersemester 2011/2012 einsatzbereit sein. Bisher fehlt uns ein Überblick über die Zahl der Studienbewerber, die keinen Studienplatz gefunden haben, obwohl es noch freie Studienplätze gibt. Ist das zu verantworten?

Von Dohnanyi: Sowohl der Numerus clausus als auch das Zulassungssystem gehören seit Längerem abgeschafft. Die Hochschulen müssen sich ihre Studierenden selber auswählen und ihre jeweilige Hochschule so attraktiv machen, dass dort möglichst viele studieren wollen.

Zehetmair: Ich war selbst für die Abschaffung der ZVS als eine Regulierungsstelle. Ich habe dafür geworben, dass die Hochschulen in allen Numerus-clausus-Bereichen Eignungsprüfungen machen oder Motivationsgespräche führen. Mangels Personal, mangels Bereitschaft, haben die Hochschulen dann die jungen Leute relativ allein gelassen. Das ist für mich ein Hauptgrund, warum wir auf der Stelle treten. Ergo sage ich: Alle müssten sich jetzt wirklich anstrengen, dass sie das Kernjahr 2011 bewältigen, und zwar wegen des großen Drucks durch die doppelten Abiturientenjahrgänge. Wir tun es in Bayern, indem wir die Einrichtung von 25.000 neuen Studienplätzen finanziell gewährleisten. Die bisherige Betreuungsrelation zwischen Lehrpersonal und Studenten ist an den Universitäten in den alten Ländern unerträglich. Da haben die neuen Länder einen Vorteil. Das muss man begrüßen, wenn man sieht, welche Probleme im Osten die Flucht der Jugend manchen Ländern bereitet. Das sage ich ganz bewusst als Bayer.

Schlicht: Von dieser Wanderungsbewegung in den Westen profitieren vor allem Bayern und Baden-Württemberg.

Zehetmair: Ja vielleicht profitieren wir auch. Aber ist es für uns kein Profit, wenn ganze Landesteile im Osten ihren fähigsten Nachwuchs verlieren. Dazu sage ich nein. Ich freue mich über jeden, der Medizin in Dresden studiert und sagt, da habe ich viel bessere Verhältnisse als im Westen vorgefunden. Um den Ost-West-Ausgleich zu fördern, brauchen wir ein funktionierendes Zulassungsverfahren.

Hamm-Brücher: Ich bin auch sehr amerikanisch geprägt, weil ich ein Jahr in Harvard war. In den USA gibt es keine irgendwie zentral oder durch Computer reglementierte Zulassung, sondern da gibt es Aufnahmebedingungen von Hochschule zu Hochschule: Die besten Universitäten holen sich die besten Studierenden. Das ist Exzellenz.

Schlicht: In den USA wird der Studienbewerber, der nicht so gut ist, im Bewerbungsverfahren durchgereicht bis er am Ende auf einem Hochschulniveau ankommt, was hierzulande einer Kombination aus Abitur mit einigen Hochschulse mestern entsprechen würde.

Hamm-Brücher: Der amerikanische Hochschulabsolvent kann sich ja dann hocharbeiten. Bei uns ist es ja so ähnlich, dass wir Gute, sehr Gute und Mittelmäßige haben. So ist das Leben.

Schlicht: Es ist eine Lösung der Amerikaner. Wir haben bisher die Zulassungspolitik auf eine andere Weise versucht unter der hypothetischen Vorstellung, alle Universitäten seien gleich, was natürlich nicht stimmt. Im Grunde genommen hat auch unser Zuteilungsverfahren nicht ideal funktioniert.

Zehetmair: Das muss man zugeben, aber bitte auch hier zu differenzieren. Die Tatsache, dass wir in München zwei Eliteuniversitäten haben, hindert mich nicht festzustellen, dass einige Fakultäten weniger Elite und andere mehr konzentriert haben. Ich bin ein klarer Befürworter eines Wettbewerbs, der berücksichtigt, dass zum Beispiel in Oldenburg oder in Bielefeld ein Profil in einer Nische entsteht. Wer in allen Bereichen gleich gut sein will, der übernimmt sich. Das gilt für Passau oder für Bamberg genauso. Dass Bamberg im Bereich England eine herausragende Stellung hat oder Passau in den Ostsprachen, das entspricht meiner Vorstellung von der Eliteverantwortung aller Hochschulen.

Schlicht: Letzte Frage: Wird die Kultusministerkonferenz ihrer neuen Rolle nach der Föderalismusreform gerecht? Oder war es ein Fehler, dem Bund die Möglichkeiten zu nehmen, auch in die Schulbildung zu investieren?

Von Dohnanyi: Es gab eine seit Langem anstehende und notwendige Rückkehr zu klaren, föderalen Verantwortungen. Es ist doch kein Zufall, dass 30 Jahre „Bildungsgesamtplan“ und gemeinsame Bildungsplanung so unbefriedigend verlaufen sind, aber zwei Jahre „Pisa“ den Ländern endlich Beine gemacht haben. Ein föderales System lebt vom Wettbewerb und von klaren Verantwortungen, und der Föderalismus steht nun einmal unabänderlich im Grundgesetz.

Hamm-Brücher: Ich fand im alten Grundgesetz die 1969 eingeführten Artikel 91a, der die Mitwirkung des Bundes beim Hochschulbau regelt, und 91b, der die gemeinsame Bildungsplanung und Forschungsfinanzierung ermöglicht, sehr gut. Wir haben in der Bund-Länder-Kommission sehr gute Sachen gemacht. Wir haben in der Forschungsförderung und beim Hochschulbau sehr gut zusammengearbeitet. Diese Föderalismusreform I hat nur im Bildungsbereich Nachteile gebracht, sonst gar nichts. Die Länder sind gar nicht imstande, diesen Aufgaben alleine gerecht zu werden. Darum glaube ich, dass eine eigentliche Föderalismusreform daran gemessen werden müsste, ob wir endlich die Vielfalt unserer Bundesländer auf etwa ein Drittel verringern können. Die winzigen, nicht lebensfähigen Länder sollte man zusammenlegen und dadurch eine vernünftige Bund-Länder-Struktur erreichen. Dann sollten Bund und Länder bei der Bildungsfinanzierung, um die geht es ja im Wesentlichen, wieder zu einer Kooperation kommen. Die Bundesforschungsministerin, Annette Schavan, ist völlig verzweifelt darüber, wie alles in der Bildungspolitik ohne Bundesverantwortung zerfleddert. Gesamtstaatlicher Zusammenhalt und auch das Zusammenwirken werden Frau Schavan so erschwert, wie sie das vorher gar nicht für möglich gehalten hat.

Zehetmair: Verfassungsrechtlich ist zu sagen, dass die Föderalismusreform I wieder klarere Zuständigkeiten der Länder gebracht hat und ein nicht nur legaler, sondern richtiger Schritt war. Der mutigen Aussage der Grande Dame, dass die Schwäche in der Unterschiedlichkeit der Länder liegt, kann ich nicht widersprechen. Was mir wichtig ist: In unserer komplexen Gesellschaft gibt es so viele gemeinschaftliche Verantwortung. Denken Sie daran, was Europa sich alles angemaßt hat. Und da kommen wir jetzt wieder zusammen. Ohne den Reformschritt II mit der Konsequenz der finanziellen Neuverteilung bleibt die Föderalismusreform I Makulatur. Sonst vermag ich nicht zu glauben, dass die Defizite, über die wir jetzt in der Politik klagen, gerechter neu verteilt werden.

Hamm-Brücher: Wir schauen immer auf den Schlitz in irgendeiner Wahlurne und darum kann die Sache nie wirklich angepackt werden, weil ständig Landtagswahlen sind und weil deswegen nur abgewartet wird. Dann kommt schon die nächste Wahl. Das ist Kernstück unserer ganzen Misere.